



Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART
STRASSENWESEN UND VERKEHR

Regierungspräsidium Stuttgart · Postfach 80 07 09 · 70507 Stuttgart

Herrn
Hans-Peter Hirsch
Bachstraße 6
72622 Nürtingen-Raidwangen

Stuttgart 08.06.2015
Name Joachim Findling
Durchwahl 0711 904-14631
Aktenzeichen 46-3848.9-1/032/3
(Bitte bei Antwort angeben)

Kassenzeichen: 1505171052149
Bitte bei Zahlung angeben!

Betrag: 100,00 EUR

 125 Jahre TV Kemnat am 14.06.2015

hier: Aufstiegserlaubnis für Modellflugzeuge nach § 16 Abs. 4 Luftverkehrsordnung
(LuftVO)

Antrag v. 6. Mai 2015

Anlagen

Lageplan

Überweisungsträger

Sehr geehrter Herr Hirsch,
auf Ihren Antrag vom 6. Mai 2015 erteilt das Regierungspräsidium Stuttgart nach
§ 16 Abs. 4 LuftVO folgende **Aufstiegserlaubnis** für Modellflugzeuge:

1. Der für diesen Tag zu gründenden Interessengemeinschaft Modellflug wird die Erlaubnis erteilt, am 14.06.2015 anlässlich der Jubiläumsfeier des TV Kemnat e.V. auf einem Fußballfeld beim Vereinsheim des TV Kemnat eine Vorführung mit elektrisch angetriebenen Hubschraubermodellen mit einer Masse bis zu 15,00 kg vorzunehmen. Der Flugbetrieb ist in der Zeit von 10:00 h bis 12:00 h und von 14:00 h bis 21:30 h erlaubt. Während der Nachtzeit ist der Flugbetrieb nicht gestattet. Die Modelle dürfen nur einzeln betrieben werden. Der gleichzeitige Flugbetrieb mehrerer Modelle ist nicht erlaubt.

Nachdem das Aufstiegs Gelände im Kontrollraum des Flughafens Stuttgart (EDDS) liegt, hat die DFS eine Flugverkehrskontrollfreigabe für eine Flughöhe von maximal 100 m über Grund erteilt. In einer größeren Höhe darf nicht geflogen werden.

Es ist eine ausreichende Haftpflichtversicherung für Personen- und Sachschäden für die Dauer der Veranstaltung abzuschließen.

2. Die Interessengemeinschaft Modellflug setzt sich aus Personen zusammen, die aktiv Hubschraubermodelle steuern und sich durch Unterschrift dazu verpflichten, im Rahmen dieser Erlaubnis ihre Flugmodelle zu betreiben. Hierzu stellt die Interessengemeinschaft, vertreten durch Herrn Hans-Peter Hirsch, im Vorfeld der Veranstaltung basierend auf dieser Erlaubnis eine verbindliche Flug- und Platzordnung auf, die den Steuerern vor Aufnahme des Modellflugbetriebs gemeinsam mit dieser Erlaubnis bekannt zu geben ist. Der Flugbetrieb darf durch die Mitglieder der Interessengemeinschaft erst dann aufgenommen werden, wenn der Abschluss einer Modellflughaftpflichtversicherung nachgewiesen ist.

3. Die Flugmodelle sind so zu betreiben, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Personen und Sachen, nicht gefährdet oder gestört werden. **Generell dürfen Personen nicht an- und / oder überflogen werden.**

Es ist eine ausreichende Haftpflichtversicherung für Personen- und Sachschäden für die Dauer der Veranstaltung abzuschließen.

4. Der Aufstiegsraum (Gelände auf dem die Helikoptermodelle gestartet, geflogen und gelandet werden dürfen) ist auf dem beigefügten Lageplan eingetragen. Der Flugbetrieb außerhalb dieser Fläche ist nicht erlaubt. Der Aufstiegsraum ist vor Aufnahme und während des Flugbetriebs gegen das Betreten durch unbeteiligte Dritte abzusperren. Es darf erst dann geflogen werden, wenn sich in dem abgesperrten Bereich keine Unbeteiligten aufhalten. Zur Absicherung des Aufstiegsraums ist eine ausreichende Anzahl von Ordnern einzusetzen.

Der Zuschauerbereich befindet sich (vgl. Lageplan) auf der Zuschauertribüne des gegenüber liegenden Fußballplatzes. Auch dieser Bereich ist entsprechend abzusichern.

Der Flugbetrieb ist umgehend einzustellen, wenn Personen den abgesperrten Bereich betreten. Das Helikoptermodell ist in diesem Fall zum Schutz der Personen möglichst

weit von ihnen entfernt zu landen, ohne dass dadurch andere Personen gefährdet werden.

5. Flugmodelle dürfen nur in Anwesenheit einer Person betrieben werden, die erfolgreich an einer Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen gemäß § 19 der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) bzw. in Sofortmaßnahmen am Unfallort gemäß § 126 der Verordnung über Luftfahrtpersonal (LuftPersV) oder Ausbildung in Erster Hilfe teilgenommen hat. Es muss eine Erste-Hilfe-Ausrüstung zur Verfügung stehen, die zumindest der für das Mitführen in Personenkraftwagen vorgeschriebenen Ausrüstung entspricht.

6. Es dürfen nur Funkanlagen (Telemetrieanlagen) verwendet werden, die den für solche Anlagen geltenden Vorschriften entsprechen. Die für solche Anlagen geltenden Vorschriften und Bestimmungen der Bundesnetzagentur sind zu beachten.

7. Bei Anzeichen von Störungen ist der Flugbetrieb unverzüglich einzustellen bzw. das vorab festgelegte Notfallverfahren einzuleiten.

8. Unfälle mit Personen- und schweren Sachschäden sowie sonstige nicht nur geringfügige Störungen im Zusammenhang mit der Ausübung dieser Erlaubnis sind der Erlaubnisbehörde unverzüglich anzuzeigen.

Hinweise:

1. Diese Erlaubnis ersetzt nicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften erforderliche öffentlich- oder privatrechtliche Zustimmungen, Genehmigungen oder Erlaubnisse, soweit dies nicht gesetzlich vorgesehen ist und befreit nicht von der Einhaltung der Vorschriften und sonstigen Bestimmungen, die bei der Teilnahme am Luftverkehr zu beachten sind.

2. Zuwiderhandlungen gegen die Nebenbestimmungen dieses Bescheides können als Ordnungswidrigkeit geahndet werden, soweit sie nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht sind.

3. Die Erlaubnisbehörde ist berechtigt nachzuprüfen, ob die Voraussetzungen, die für die Erteilung der Erlaubnis maßgebend waren, fortbestehen und ob der Flugbetrieb ordnungsgemäß durchgeführt wird. Sie kann die hierfür notwendigen Auskünfte verlangen, Überprüfungen durchführen und ggf. weitere Nebenbestimmungen festlegen.

4. Sofern von dieser Erlaubnis abgewichen werden soll, ist eine gesonderte Erlaubnis rechtzeitig bei der ausstellenden Behörde zu beantragen.

Gebührenentscheidung

Für diese Entscheidung wird gem. §§1 und 2 der Luftkostenverordnung i.V.m. Ziff VI Nr. 16 des Gebührenverzeichnisses eine Gebühr in Höhe von **100,- Euro** festgesetzt. Dieser Betrag ist im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand angemessen. Es wird gebeten, die Gesamtgebühr unter Angabe des auf Seite 1 oben stehenden Kassenzeichens innerhalb eines Monats nach Zugang dieser Erlaubnis unter Verwendung des angeschlossenen Überweisungsträgers an die

Landesoberkasse Baden-Württemberg
Steinhäuser Straße 11
76135 Karlsruhe
Konto bei der Baden-Württembergische Bank, BIC: SOLADEST600
IBAN: DE02600501017495530102

zu überweisen.

Wird ein anderer Überweisungsträger verwendet, ist das auf Seite 1 oben stehende Kassenzeichen anzugeben. Wird die Gebühr nicht innerhalb eines Monats nach Fälligkeit entrichtet, erhebt die Landesoberkasse Baden-Württemberg vom Tag nach Ablauf der Monatsfrist an einen Säumniszuschlag von 1 v.H. für jeden angefangenen Monat der Säumnis (§18 Abs. 1 VwKostG).

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Verwaltungsgericht Stuttgart, Augustenstraße 5, 70178 Stuttgart schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten seiner Geschäftsstelle Klage erhoben werden. Die Klage muss den Kläger und das beklagte Land bezeichnen; sie soll einen bestimmten Antrag und die Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel enthalten.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Findling